

Q&A zu den Eckwerten des Inclusive Framework der OECD vom 08.10.2021 zur globalen Unternehmensbesteuerung

Was ist das Inclusive Framework der OECD?

- Das Inclusive Framework on BEPS der OECD ist die oberste technische und politische Instanz für die Behandlung der Empfehlungen des OECD-Projekts zur Vermeidung von Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung (englisch Base Erosion and Profit Shifting BEPS). Dem Gremium gehören nicht nur alle OECD-Mitgliedstaaten - darunter die Schweiz - an, sondern über 100 weitere Länder. Aktuell zählt das Inclusive Framework 140 Staaten und Gebiete.

Worin unterscheiden sich die vom Inclusive Framework am 8. Oktober 2021 vorgestellten Eckwerte von jenen, die am 1. Juli 2021 veröffentlicht wurden?

Insgesamt wurden die Eckwerte vom Juli 2021 konkretisiert. Folgende Punkte sind aus schweizerischer Sicht erwähnenswert:

- Die neuen Besteuerungsrechte für Marktstaaten fallen moderat aus, zudem sollen unilaterale Digitalsteuern verbindlich abgeschafft werden.
- Bei der globalen Mindestbesteuerung soll ein Satz von 15% gelten (anstatt «mindestens» 15%). Überdies ist eine gestaffelte Einführung der Mindestbesteuerungsregeln vorgesehen.

Wie hat sich die Schweiz bei der Beschlussfassung des Inclusive Framework verhalten?

- Die Schweiz hat sich den konkretisierten Eckwerten angeschlossen. Sie fordert, dass bei deren Umsetzung die Interessen kleiner, wirtschaftsstarker Länder berücksichtigt werden und Rechtssicherheit für betroffene Unternehmen geschaffen wird.
- Weitere für die Schweiz wichtige Punkte sind noch offen und sollen in den kommenden Monaten konkretisiert werden. Dabei setzt sich die Schweiz für innovations- und wohlfreundliche Regeln ein, die weltweit einheitlich angewendet werden und einem Streitbeilegungsmechanismus unterstehen. Ziel ist es, Rechtssicherheit für betroffene Unternehmen zu schaffen. Kritik übt die Schweiz – wie auch weitere Länder – am Zeitplan der OECD. Er respektiert nationale Gesetzgebungsprozesse noch zu wenig. So wird es für die Schweiz nicht möglich sein, die neuen Regeln auf das von der OECD vorgesehene Jahr 2023 einzuführen.

Warum hat die Schweiz bei der Beschlussfassung des Inclusive Framework kein Veto eingelegt?

- Die Schweiz hat sich aus folgenden Gründen den konkretisierten Eckwerten angeschlossen und ist bereit, die Arbeiten auf Stufe OECD weiterzuführen:
 - o Eine multilaterale Lösung verhindert, dass ein unkontrollierter Wirrwarr von nationalen Digitalbesteuerungen entsteht.
 - o Die potentiell hauptbetroffenen Grossunternehmen in der Schweiz haben im Vorfeld klar signalisiert, dass eine multilaterale Lösung aus Gründen der Rechtssicherheit bevorzugt wird.
 - o Eine multilaterale Lösung erlaubt es der Schweiz, mit entsprechenden Massnahmen weiterhin ein international konkurrenzfähiger Standort für grosse multinationale Unternehmen zu sein.

Muss die Schweiz beim OECD/G20-Projekt mitmachen?

- Es besteht keine Verpflichtung. Allerdings dürfte es für die Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft und auch für die betroffenen Unternehmen vorteilhafter sein, wenn sie mitmacht.
- Exemplarisch zeigt sich dies anhand der globalen Mindestbesteuerung. Diese dürfte für die Staaten freiwillig sein. Führt jedoch ein Staat die Mindestbesteuerung nicht ein und besteuert nach wie vor tiefer als der Mindestsatz, so können andere Staaten bei betroffenen Unternehmen die Differenz besteuern.
- Die Schweiz würde also zugunsten anderer Staaten auf Steuereinnahmen verzichten. Zudem wäre die Besteuerung im Ausland auch für die betroffenen Unternehmen administrativ aufwendiger und kostenintensiver.
- Deshalb liegt der Fokus der Schweiz auf dem Gesamtpaket wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen im Inland.

Welche Rolle spielen die G20 bei der Beschlussfassung zu neuen globalen Unternehmenssteuerregeln?

- Die G20 haben der OECD einen politischen Auftrag erteilt, Regeln für die Besteuerung global tätiger Unternehmen aufzustellen. Diese werden im Inclusive Framework.

Wann treten die neuen Regeln in Kraft?

- Der Zeitplan der OECD sieht ein Inkrafttreten für das Jahr 2023 vor. Bei der Mindestbesteuerung ist zudem eine gestaffelte Einführung vorgesehen. So soll die Undertaxed Payments Rule (UTPR) ab 2024 angewendet werden.

Welche Massnahmen kommen für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz in Frage, wenn die Steuern als Standortfaktor an Bedeutung verlieren?

Dieser Frage geht das Eidgenössische Finanzdepartement in enger Zusammenarbeit mit weiteren Departementen und unter Einbezug von Kantonen, Städten, Wirtschaft und Wissenschaft nach und soll dem Bundesrat bis im 1. Quartal 2022 Vorschläge unterbreiten. Dieser Zeitplan hängt vom Fortgang der Arbeiten in der OECD ab.

Was unternehmen andere Länder, um ihre Standortattraktivität zu steigern?

- Viele Staaten unterstützen die Firmen mit günstig zur Verfügung gestellter Infrastruktur, Krediten oder Subventionen, Beiträgen für Forschung und Entwicklung, Unterstützung für nachhaltige Geschäftsführung sowie steuerlichen Vorteilen, die international kompatibel sind.
- Wichtig sind Standortfaktoren wie Sicherheit (rechtlich, politisch), Stabilität, Dienstleistungsqualität, international diversifizierter Finanzsektor, hoher Ausbildungsstandard, hohe Behördenqualität. Hier ist die Schweiz nach wie vor sehr gut positioniert.

Mit den neuen Regeln sollen global tätige Unternehmen mehr Steuern zahlen müssen. Was ist daran schlecht?

- Kurzfristig können daraus höhere Steuereinnahmen resultieren. Aber:
- Hohe Gewinnsteuern hemmen die Innovationskraft eines Unternehmens und führen zu weniger Investitionen.
- Für den Staat bedeutet das ein schwächeres Wachstum und längerfristig weniger Arbeitsplätze und tiefere Steuereinnahmen.

Ein globaler Mindeststeuersatz ist nicht der einzige Teil des OECD-Projekts. Es geht auch um neue Besteuerungsrechte für Marktstaaten. Was ist dort der Stand der Dinge?

- Unternehmen mit über 20 Milliarden Euro Jahresumsatz und über 10 Prozent Gewinnmarge sollen von der Regel betroffen sein. Dies soll die rund 100 grössten und profitabelsten Unternehmen umfassen. Viele Details sind aber noch offen.

Wie wären die Auswirkungen der globalen Mindeststeuer auf die Steuereinnahmen in der Schweiz?

- Kurzfristig könnten sich daraus Mehreinnahmen ergeben.
- Aber vor allem in einer dynamischen Betrachtung dürfte die steuerliche Attraktivität als gewichtiger Standortfaktor der Schweiz an Bedeutung verlieren, Unternehmen könnten abwandern und Neuansiedlungen könnten zurückgehen. Damit verbunden ist der Verlust von Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen.

Wie viele Unternehmen in der Schweiz sind betroffen?

- Hierzu sind noch keine verbindlichen Aussagen möglich. Es geht aber um grosse, international tätige Firmen.
- Von Säule 2 dürften eine tiefe dreistellige Zahl von Schweizer Konzernen plus eine tiefe vierstellige Zahl von Schweizer Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne betroffen sein.
- Bei der Säule 1 werden voraussichtlich eine einstellige Zahl von Schweizer Unternehmen betroffen wären.

Was bedeutet die Mindeststeuer generell für den Steuerwettbewerb unter den Kantonen?

- Die Höhe des Gewinnsteuersatzes wird namentlich für grossen Unternehmen als Standortfaktor an Bedeutung verlieren.

Hat das OECD-Projekt Auswirkungen auf den innerschweizerischen Finanzausgleich zwischen den Kantonen?

- Sollte die Reform dazu führen, dass grosse multinationale Unternehmen ins Ausland abwandern, dann würden wegen der wegfallenden Steuereinnahmen auch weniger Gelder zu den ressourcenschwachen Kantonen umverteilt.
- Um diese Auswirkung zu verhindern, müsste die Schweiz rechtzeitig dafür sorgen, dass sie als Standort für grosse multinationale Unternehmen trotz Wegfall gewisser Steuervorteile weiterhin attraktiv bleibt.
- Allfällige wirtschaftliche Auswirkungen wären erst mit einer Verzögerung von 4 Jahren im Finanzausgleich sichtbar. Für den Finanzausgleich 2021 sind beispielsweise die steuerlichen Bemessungsjahre 2015, 2016, 2017 massgebend.